

28.05.2020

Positionspapier des Landesparteirats

Der Weg aus der Pandemie muss in eine ökologischere und sozialere Gesellschaft führen

Die Corona-Pandemie ist eine Krise unbekanntes Ausmaßes in der jüngeren Vergangenheit und hat nicht nur unsere Wirtschaft und Politik vor neue Herausforderungen gestellt, sondern uns als gesamte Gesellschaft. Die Corona-Pandemie wird uns noch eine Weile begleiten. Schon jetzt erleben wir Veränderungen in unserer Gesellschaft, die uns große Sorge bereiten: Wir kämpfen täglich gegen Verschwörungserzählungen, Fake News und zunehmenden Hass. Die schon bestehende soziale Spaltung wird durch die Pandemie massiv verstärkt und wir fallen zurück in alte Rollenbilder.

Dagegen müssen wir uns mit aller Kraft stellen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit Behinderungen und Frauen als Verlierer*innen aus dieser Krise herausgehen. Die Pandemie führt uns schonungslos die Schwächen unseres Sozialsystems vor Augen. Auf Bundesebene müssen wir daher jetzt konsequent einen Umbau des Sozialstaats angehen, Hartz-IV überwinden und zum Beispiel die Regelsätze deutlich erhöhen und Sanktionen abschaffen. Dazu gehört auch die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Besonders hart waren für uns als Bürgerrechtspartei die massiven Einschränkungen der Grundrechte, die auch wir in Brandenburg mitgetragen haben. Vor jeder neuen Eindämmungsverordnung haben wir nächtelang sorgsam abgewogen. Die Entscheidungen sind uns nicht leicht gefallen. Das Recht auf Demonstrationen ist ein absolutes Grundrecht und sollte gerade in einer Krise nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Die immer lauter werdenden Rufe nach massiven Grundrechtseinschränkungen, wie sie zum Beispiel lange Zeit in der Diskussion um eine Corona-App geführt wurden, haben uns erschreckt und vor allem eins gezeigt: Unsere Grund- und Freiheitsrechte sind ein hohes Gut, aber auch keine Selbstverständlichkeit. Gerade als Bürgerrechtspartei dürfen wir nicht nachlassen in unseren Anstrengungen, diese jeden Tag aufs Neue zu verteidigen!

Klimakrise, Artensterben und Corona-Pandemie gemeinsam bekämpfen

Wir stehen gerade vor einer doppelten Herausforderung: Wir müssen nicht nur die Corona-Pandemie eindämmen, sondern auch weiterhin mit aller Kraft die Klimakrise und das Artensterben

bekämpfen. Wir haben ein extrem trockenes Frühjahr erlebt, in großen Teilen Brandenburgs komplett ohne Regen. Viele Landwirt*innen sehen ihre Ernten in Gefahr, denn es bahnt sich ein weiterer Dürresommer an. Mit dem Koalitionsvertrag haben wir die **Agrarwende** eingeleitet, die Erarbeitung eines **Klimaplan**s festgeschrieben und für alle Gesetze einen **Klima-Check** in Aussicht gestellt. Daran müssen wir auch nach Corona festhalten. Wir dürfen in unseren Anstrengungen, die Pariser Klimaziele zu erreichen, nicht nachlassen! Wir dürfen unser Ziel und unsere Verpflichtung, das Pariser Abkommen und die Biodiversitätsziele einzuhalten, keinesfalls vernachlässigen.

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gilt daher: **Überall dort, wo öffentliche Gelder vergeben werden, muss die Vergabe an klare soziale & ökologische Kriterien gekoppelt sein.** Wir müssen die Investitionen zur Bewältigung der Corona-Krise in die Transformation der Industrie hin zur CO₂-Neutralität lenken. Alle Investitionen brauchen klare Vorgaben, unter anderem zur CO₂-Reduktion. Investitionen in klimaschädliche Technologien darf es nicht geben. Dies gilt selbstverständlich auch für die LEAG oder den BER.

Gesundheitssystem stärken

Leider brauchte es eine Pandemie, damit der Wert unseres Gesundheitssystems auch in der Breite unserer Gesellschaft erkannt wurde. Mittlerweile ist klar, wie wichtig es ist, dass sich Krankenhäuser nicht nur an Profiten und Gewinnmaximierung orientieren. Und dass es notwendig ist, Reserven vorzuhalten, um im Ernstfall schnell und angemessen reagieren zu können. Vor allem aber wird bewusst, wie wichtig für uns alle die Arbeit derjenigen ist, die in den Krankenhäusern arbeiten. Die Corona-Pandemie ist ein Weckruf für unsere Gesellschaft: Allen ist jetzt klar, dass sich in unserem Gesundheitssystem grundlegend etwas verändern muss. In Brandenburg können wir den ersten Schritt dafür machen und **Krankenhäuser angemessen finanzieren.** Bereits im Koalitionsvertrag haben wir uns auf eine Krankenhausfinanzierung von jährlich 110 Mio. € geeinigt. Auch in einer durch Corona sehr angespannten Haushaltssituation dürfen wir daran nicht rütteln.

Der Wert von Pflege wird durch die Corona-Pandemie mehr als verdeutlicht. Doch die dünne Personaldecke in den Pflegeheimen, die schlechte Bezahlung der Pflegekräfte und die teils schwierigen Bedingungen in den Pflegeheimen bei gleichzeitig hohen Kosten für die Bewohner*innen sind ein stetig wachsendes Problem, nicht nur in der Corona-Pandemie. Auf Bundesebene fordern wir einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflege, um die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung für Pflegekräfte deutlich zu verbessern. In Brandenburg haben wir mit dem **Pakt für Pflege** bereits einen Grundstein gelegt, der aus vier Säulen besteht: Förderprogramm für die Kommunen vor Ort, Investitionsprogramm in Kurzzeit- und Tagespflege, Ausbau der Pflegestützpunkte, sowie Ausbildung und Fachkräfteentwicklung. Damit haben wir eine gute Grundlage, um die Pflege in Brandenburg zu stärken. Diesen Weg müssen wir jetzt umso konsequenter weiter gehen.

Familien stärken – Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben

Die Corona-Pandemie hat nicht nur Familien und Schulen vor große Herausforderungen gestellt, sondern uns auch die Grenzen und Schwächen unseres Schulsystems in Hinblick auf Digitalisierung schonungslos vor Augen geführt. Die schon vor der Corona-Pandemie mangelhafte Umsetzung der Rahmenlehrpläne in Hinblick auf Medienbildung und Digitalisierung ist jetzt offenbart worden. Bereits bestehende Ungerechtigkeiten bei Bildungschancen wurden durch die Notwendigkeit von Homeschooling massiv verstärkt. Besonders schwerwiegend für Kinder und Jugendliche sind allerdings die fehlenden sozialen Kontakte zu Bezugspersonen wie Freund*innen, Lehrer*innen und Erzieher*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kinder mit ihren Rechten mehr Beachtung finden und in ihren Bedürfnissen besser wahrgenommen werden. Die Folgen von Vernachlässigung und häuslicher Gewalt werden erst offenbar, wenn die Kinder wieder regelmäßig außer Haus betreut werden. Kinder und Jugendliche, die Teil der Risikogruppe sind, dürfen nicht benachteiligt werden. Es gilt gerade auch in dieser Zeit, sich für Inklusion stark zu machen.

Wir wollen, dass den Öffnungen von Kitas und Schulen endlich die höchste politische Priorität eingeräumt wird. Es müssen jetzt Konzepte entwickelt werden, wie der tägliche Schul- und frühkindliche Bildungsbetrieb bereits im Sommer für alle Kinder sichergestellt werden kann. Dabei sind selbstverständlich die Hygieneregeln zu berücksichtigen. Dazu wollen wir auf Erfahrungen und Studien aus Baden-Württemberg, Sachsen, Österreich und Dänemark zurückgreifen.

Wir streben noch vor den Sommerferien den Kitabetrieb in normaler Gruppenstärke an - so wie es in Sachsen derzeit praktiziert wird. Zusätzliche Orte für frühkindliche Bildung wie Turnhallennutzung für Kitagruppen oder Betreuung und Unterricht im Freien sollen ermöglicht werden.

In den Sommerferien sollten Kitas und sozialpädagogische Einrichtungen, wie Horte, Kinder- und Jugendclubs nach Möglichkeit **offengehalten werden**. Nicht, um verpassten Schulstoff nachzuholen, sondern um es den Kindern in festen Kleingruppen zu ermöglichen, gemeinsam Freizeitaktivitäten nachzugehen, zu denen sie sonst keine Möglichkeit hätten. Um die Personalsituation an den Schulen und Kitas zu entlasten, soll dabei auch ein Einsatz von Studierenden und Azubis ermöglicht werden, die Lehrkräfte und Erzieher*innen unterstützen. Im neuen Schuljahr müssen die Schüler*innen, die durch das Homeschooling im Schulstoff zurückgefallen sind, gezielt unterstützt werden. Dazu schlagen wir einen **Corona-Bildungsfonds** vor, den wir mit Landesmitteln ausstatten. Daraus werden Lehrer*innen, Student*innen und Pädagog*innen bezahlt, die gezielt die Kinder unterstützen, die im Homeschooling Schwierigkeiten hatten und noch nicht auf dem Wissensstand ihrer Klassenkamerad*innen sind. Dazu sollen weitere Sozialarbeiter*innen befristet eingestellt werden. Besonders gefördert werden sollen Kinder, deren Sprachentwicklung durch den Lockdown massiv gehemmt wurde.

Die Corona Pandemie hat uns auch gezeigt, wie schlecht es um die Digitalisierung unserer Schulen steht. Viele Lehrer*innen hatten noch nicht einmal eigene berufliche E-Mail-Adressen und es

mussten auf die Schnelle Notlösungen für den digitalen Unterricht gefunden werden. Diese entsprechen meist nicht den Vorgaben durch die DSGVO. Doch es gibt auch sehr gute Beispiele, die in Zukunft als Ergänzung zum klassischen Präsenzunterricht hilfreich sein können. Dazu brauchen wir einen landesweiten Erfahrungsaustausch von Lehrer*innen, Schulleiter*innen und Pädagog*innen über Best-Practice Beispiele. Dieser Austausch soll vom Bildungsministerium in Form eines **Runden Tisches** organisiert werden. Ebenso soll das Bildungsministerium die datenschutzkonforme **Digitalisierung unserer Schulen** weiter vorantreiben. Hierbei sollen vor allem die personellen Voraussetzungen geschaffen werden, beispielsweise durch Fort- und Weiterbildung der Lehrer*innen, Schaffung von IT-Beauftragten und Einbeziehung der Schüler*innen. Aufbau und Verwaltung der schulischen IT-Infrastruktur darf nicht vom Engagement einzelner Lehrer*innen abhängen. Außerdem muss die bestehende digitale Infrastruktur, wie z.B. die Schulcloud, ausgebaut werden und nach sorgfältiger Datenschutz- und Sicherheitsprüfung für jede Brandenburger Schule verpflichtend sein. Hierbei soll der Einsatz von freier Software priorisiert werden, um Lock-In-Effekte zu vermeiden. Ebenso muss für alle Schüler*innen ein gleichberechtigter Zugang zu technischen Geräten geschaffen werden. Schüler*innen und Lehrer*innen müssen in dem Umgang mit den digitalen Lehr- und Lernmöglichkeiten regelmäßig geschult werden. Zur Einrichtung und Instandhaltung der digitalen Infrastruktur müssen mehr IT-Spezialist*innen für die Schulen zuständig und auch schnell erreichbar sein. Um dies umzusetzen, müssen von Landesebene Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Lokale Wirtschaft stärken und Digitalisierung vorantreiben

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen bei uns in Brandenburg sind durch die Einschränkungen des öffentlichen Lebens besonders hart getroffen worden. Die kleinen Cafés, die alle geschlossen waren, die Solo-Selbstständigen, die familiengeführten Hotels, die freischaffenden Künstler*innen oder Veranstaltungsplaner*innen erleiden hohe finanzielle Einbußen. Viele von ihnen stehen am Rande ihrer Existenz. Es ist richtig und wichtig, dass schnell gehandelt wurde und kurzfristig unbürokratische Rettungsschirme gespannt wurden. Die Corona-Pandemie wird uns aber auch nach den Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen noch weiter begleiten. Wie sich das Virus entwickelt ist ebenso unvorhersehbar wie die weiteren Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Auch wann sich das Konsumverhalten der Menschen wieder normalisiert, ist unklar.

Daher brauchen wir jetzt einen Plan, wie wir unsere Wirtschaft langfristig wieder nachhaltig ankurbeln können, um drohende Insolvenzen und aussterbende Ortskerne zu verhindern. Dabei muss es in erster Linie darum gehen, die lokale nachhaltige Wirtschaft zu stärken. Dazu wollen wir ein **Transformationsprogramm** für Brandenburg aufsetzen. Das dort investierte Geld wird nach transparenten, zukunftsorientierten Kriterien in lokale Unternehmen investiert, die Investor*innen werden an den Gewinnen beteiligt. Dabei sollen ausschließlich Unternehmen gefördert werden, die ökologische Kriterien erfüllen, sich am Gemeinwohl orientieren und ihre Produkte lokal

vermarkten. So tragen wir langfristig zur Stärkung unserer lokalen Wirtschaft bei und fördern gleichzeitig zukunftsgerichtete Unternehmen, die ihren Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise und sozialer Ungerechtigkeiten leisten.

Diese Förderung von eben jenen Unternehmen anhand der oben genannten Kriterien muss auch auf längere Sicht unser wirtschaftliches Handeln lenken.

Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben die Lücken der Digitalisierung in den Betrieben und den Verwaltungen aufgezeigt. Spätestens jetzt ist der passende Zeitpunkt die Digitalisierung zukunftsgerichtet voranzutreiben und auch unsere Brandenburger Verwaltungen entsprechend auszustatten, um den Mitarbeiter*innen der Verwaltung auch nach der Pandemie alternierend „Home-Office“ zu ermöglichen.

Gemeinschaft und Solidarität mit den europäischen Nachbarländern

In der Pandemie ist Solidarität ein wichtiger Grundpfeiler unserer Gesellschaft, der uns durch diese Krise trägt. Dies gilt für den Zusammenhalt innerhalb Brandenburgs, aber auch für die Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarländern. Gerade die enge Zusammenarbeit mit Polen ist für uns unerlässlich, hat aber in der Krise Mängel im Bereich Katastrophenschutz aufgezeigt. Dass durch die Doppelstadt Frankfurt (Oder)/Slubice plötzlich wieder eine Grenze verläuft, Berufspendler*innen in Quarantäne müssen und Schüler*innen ihre 10 km entfernte Schule nicht mehr besuchen dürfen, weist Lücken in der Zusammenarbeit auf. Diese müssen nun schnellstmöglich geschlossen werden. Dazu müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarländern, aber insbesondere mit Polen, **grenzüberschreitende Katastrophenschutzpläne** erarbeiten. Einfach die Grenzen zu schließen kann nicht unsere europäische Antwort auf eine Pandemie sein. Wir brauchen individuellere und solidarische Lösungen.

Ökologische Mobilität voranbringen

Trotz aller negativen Effekten und Schwierigkeiten, die die Corona-Pandemie mit sich bringt, sehen wir auch kleine Chancen, z.B. im Bereich Mobilität. Gerade in den Städten ist zu beobachten, dass Menschen in der Pandemie vermehrt auf das Fahrrad umsteigen. Diese Entwicklung ist äußerst positiv. Wir müssen jetzt sofort damit beginnen an den gesellschaftlichen Wandel und den Umstieg aufs Fahrrad anzuknüpfen und diesen aktiv zu fördern. In Berlin, aber auch Deutschlandweit sind an vielen Orten sogenannte Pop-Up Radwege entstanden. Diese Entwicklung wollen wir auch in den Städten Brandenburgs vorantreiben als kurzfristige Maßnahme, um der gestiegenen Anzahl an Radfahrenden zu begegnen. Langfristig wollen wir einen massiven Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur, angefangen bei Radwegen innerhalb der Stadt über Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen bis hin zu Radschnellwegen, um sichere Querverbindungen zwischen den Dörfern zu schaffen.